

II-903 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
X. Gesetzgebungsperiode

17.11.1965

364/J

A n f r a g e

der Abgeordneten G r u n d e m a n n - F a l k e n b e r g<sup>W ü h r e r</sup>, / M ä y r<sup>r</sup>,  
Dr. Josef G r u b e r und Genossen  
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten,  
betreffend die Vorschreibung von Transportkosten für die Heimbeförderung  
von Zivilinternierten aus Rußland.

-.--.-.

Eine Zeitung brachte vor kurzem die Meldung, daß die Ehefrau eines aus Rußland kürzlich heimgekehrten Zivilinternierten eine Transportkostenrechnung über die Reisekosten von Moskau nach Wien zugestellt erhielt und diese mittels Erlagschein zur Zahlung vorgeschrieben wurde.

Dieser Vorgang hat unter der Bevölkerung beträchtliches Aufsehen und Unwillen erregt; es wurde die Meinung vertreten, daß es ein unwürdiger Zustand wäre, wenn einem Österreicher, der viele Jahre in russischer Haft verbrachte und in der Heimat nun erst wieder eine neue Existenz aufbauen müsse, derartige Zumutungen gestellt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die

A n f r a g e :

1) Ist dem Herrn Bundesminister dieser Vorfall bekannt?

2) Sollte diese Meldung zutreffen: Hält der Herr Bundesminister ein solches Vorgehen der Würde der Republik entsprechend, auch dann, wenn es sich um die Rückvergütung eines - dem Heimkehrer angeblich von der österreichischen Botschaft in Moskau gewährten - Reisevorschusses handelt?

3) Falls die Meldung zutrifft: Ist der Herr Bundesminister bereit, der Rückerstattung bzw. dem Erlaß der Rückvergütung der Transportkosten zuzustimmen und Auftrag zur Veranlassung zu geben? Es ist wohl anzunehmen, daß das Bundesministerium über Mittel verfügt, die solche Möglichkeiten gestatten würden.

-.--.-.